

Hartmut Behrens
hb@ahrensfluchter-theaterwerkstatt.de

(Dieser Text darf frei und ohne Einschränkungen weiterverwendet werden.)

Perspektiven???

Schulschließungen verschärfen die Krise

Die Samtgemeinde Am Dobrock möchte die Kiebitzschule Oberndorf nun ganz schnell schließen. Schon im kommenden Schuljahr soll es keine erste Klasse mehr geben. Die Jugendförderung soll es nur noch in Cadenberge geben, die Angebote des Schwimmbads sollen stark eingeschränkt werden. Und bald sollen nach diesen Plänen auch die anderen drei Grundschulen der Samtgemeinde geschlossen werden; für die verbleibenden Schüler sind Räume nach 'Modulbauweise' angedacht - gemeint sind vermutlich Container.

Schneller und effektiver kann man junge Familien wohl kaum vertreiben und Zuzug verhindern! Wer möchte denn in einer Region mit kaputter Infrastruktur leben?

Da ist es natürlich konsequent, auch gleich das Tourismus-Marketing zu streichen, denn der Charme verfallender Dörfer, in denen überwiegend Greise wohnen oder Menschen, die den Absprung nicht geschafft haben, dürfte nur sehr begrenzt für Touristen anziehend sein.

Wie es nach der Streichorgie weitergehen soll, sagt uns niemand der Verantwortlichen. Das wohl aus gutem Grund: denn sie wissen es selber nicht. Dabei müsste es eigentlich jedem denkenden Menschen einleuchten, dass eine kaputtgesparte Samtgemeinde im harten Konkurrenzkampf um Gewerbeansiedlungen und Einwohner schlechte bzw. gar keine Karten mehr hat.

Daran würde auch ein Anschluss an Hadeln nichts ändern, ganz abgesehen davon, dass die Hadler ziemlich blöd sein müssten, sich ein dann derart ruiniertes Gebilde wie die SG Am Dobrock ans Bein zu binden.

Nun ist natürlich die Aufgabe, für eine positive Entwicklung und neue Ideen zu sorgen, nicht nur eine der politischen Führung. Hier sind selbstredend alle Bewohner der Samtgemeinde gefordert. Hilfreich wäre es dabei aber auf jeden Fall, wenn die Spitzen der SG uns das Gefühl vermitteln würden, dass die Verwaltung neue Projekte auch mal unterstützen könnte anstatt wie beim Biomeiler massenhaft Steine in den Weg zu legen. Und dass der Anspruch auf Bürgerbeteiligung und Transparenz bei wesentlichen Entscheidungen endlich einmal ernst genommen wird. Stattdessen wird leider noch mehr Geheimhaltung praktiziert, weil die Verwaltungsspitze wohl selbst der Meinung ist, dass ihr Handeln der Bevölkerung nicht mehr zu vermitteln ist.

Die sogenannte Einwohnerveredelung - eine wesentliche Ursache der Misere

Von den Finanzpolitikern Brecht und Popitz wurde vor rund 80 Jahren das Verfahren der 'Einwohnerveredelung' erfunden. Beabsichtigt war damals, die Lage der vielen Arbeitslosen und der armen Industriearbeiterschaft zu erleichtern. Diese Menschen mussten auf sehr engem Raum zusammenleben, oft unter miserablen hygienischen Bedingungen. Popitz schloss daraus, dass Kommunen mit höherer Bevölkerungsdichte, also die Städte, höhere Aufwendungen pro Einwohner für die notwendige Infrastruktur (Abwasser, Wege, Polizei, Schulen) aufbringen müssten als die ländlichen Regionen. Folglich wurden für den kommunalen Finanzausgleich Faktoren nach Bevölkerungsdichte vergeben, wodurch die Städte einen größeren Teil daraus erhalten sollten.

Dieses System gilt in Niedersachsen auch heute noch und das mit einer extremen Spreizung, wie sie in keinem anderen Bundesland zu finden ist. (In einigen gibt es das gar nicht mehr.) Für Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohnern gilt ein Faktor 1,0 - für Großstädte 1,8. Das heißt, die Stadt Hannover z.B. erhält pro Einwohner die 1,8-fache Schlüsselzuweisung wie eine kleine Kommune. Die SG Am Dobrock wird lediglich mit dem Faktor 1,016 berücksichtigt.

In den 80 Jahren seit Erfindung der 'Einwohnerveredelung' hat sich offensichtlich vieles verändert. Dass eine Großstadt einen dermaßen höheren Bedarf haben soll, ist heute nicht mehr nachvollziehbar. Im Gegenteil: selbst ein oberflächlicher Blick auf unsere ländliche Infrastruktur lässt vermuten, dass es inzwischen eher umgekehrt ist.

Die Besserstellung der Städte verschärft die demografischen Probleme auf massive Weise, denn sie beschleunigt den Wegzug aus den ländlichen Gemeinden. Sowohl für das Gewerbe als auch für die soziokulturellen Bedürfnisse der Menschen haben die Städte heute (in der Regel) die besseren Angebote. Wer als junger Mensch nach einem attraktiven Arbeitsplatz sucht, in dessen Nähe auch für seine Familie gute Bedingungen gegeben sind, der kann sich heute nur in die Stadt orientieren. Die heutigen demografischen Probleme sind ganz klar auch Folge einer jahrzehntelang verfehlten Bevölkerungspolitik der Landesregierungen.

In dieser Situation steht für mich auch die dringendste Aufgabe unserer Kommunalpolitiker fest: nämlich für die Abschaffung der 'Einwohnerveredelung' zu streiten. Unter den derzeitigen Bedingungen des kommunalen Finanzausgleichs ist eine Verbesserung der Gemeindefinanzen nicht zu erreichen!

Da helfen auch Fusionen nicht weiter, denn der zunächst erreichbare etwas höhere 'Veredlungsfaktor' wird kaum von Dauer sein. Die Gesamtsumme der an die Kommunen zu verteilenden Mittel wird durch Fusionierungen ja nicht größer. Dort wo die eine Kommune mehr bekommt, werden andere weniger bekommen. Es ist absehbar, dass die sich das nicht lange gefallen lassen, denn ein höherer 'Veredlungsfaktor'

allein aufgrund einer Fusion ist mit hoher Wahrscheinlichkeit verfassungswidrig.

Eine Fusion führt ja offensichtlich nicht zu höherer Bevölkerungsdichte, d.h. selbst wenn man der Meinung wäre, eine höhere Bevölkerungsdichte würde auch höhere Schlüsselzuweisungen rechtfertigen, wäre hier ein höherer 'Veredlungsfaktor' nicht zu begründen. Durch eine Fusion entstehen schließlich keine höheren Infrastrukturkosten - im Gegenteil, die Fusion soll ja Kosten mindern. Gerechterweise müssten dann auch die Zuweisungen pro Einwohner gesenkt, nicht erhöht werden!

Auch der zweite für eine 'Einwohnerveredelung' genannte Grund - zusätzliche Leistungen für das Umland - zieht nicht, erst recht nicht bei Fusionen. (Die vom Vertreter des Innenministeriums, Ottens, dafür als Beispiel genannte Oper in Hannover war zudem eine Falschinformation - die hannoversche Oper wird komplett vom Land finanziert.)

Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis benachteiligte Kommunen dagegen klagen, und die Wahrscheinlichkeit, dass sie Recht bekommen, ist hoch. Was möglicherweise auch bedeutet, dass die fusionierten Kommunen dann Gelder zurückzahlen müssen...

Geld ist genug da - nur in den falschen Töpfen

100 Millionen € möchte Ferlemann für die Ortsumgehung Cadenberge ausgeben und das, obwohl eine Mehrheit von über 80% der Cadenberger sie in einer Volksabstimmung abgelehnt hat. Einige 100 Millionen € aus Steuermitteln sollen für die Elbvertiefung draufgelegt werden, die bestenfalls einigen Reedern nützt (Griechenland lässt grüßen). Aber wegen ein paar 100.000 € sollen hier die Schulen geschlossen werden - die Frage sei erlaubt, ob 'die da oben' noch ganz klar im Kopf sind.

Das Argument, dass es sich hierbei schließlich um verschiedene Töpfe handele, greift nämlich zu kurz. Denn wenn in einigen Töpfen massenhaft Geld ist und in anderen nur Löcher, dann bedeutet das doch, dass die Politiker, die über die Verteilung der Steuermittel in Bundes-, Länder- und kommunale Haushalte entscheiden, entweder zu dumm, desinteressiert oder als Folge von Lobby-Einflüssen nicht willens sind, die Mittel sachgerecht zu verteilen!

Fazit

- Schulschließungen und weitere Kürzungen bei der Jugendpflege lösen unsere Probleme nicht, sie verstärken sie nur.
- Wir brauchen positive Visionen für eine attraktive Samtgemeinde und eine Verwaltung, die sich neuen Ideen nicht entgegenstellt.
- Das Prinzip der 'Einwohnerveredelung' muss gekippt werden.